

Panama sagt Ja zur Erweiterung des Kanals

Die Bevölkerung Panamas hat in einem Referendum am 22. Oktober für die geplante Erweiterung des Panama-Kanals gestimmt. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 43 Prozent der 2,1 Millionen Wahlberechtigten befürworteten 78 Prozent der Wähler das US\$ 5,25 Mrd. teure Infrastrukturprojekt, das die Kapazität der 1914 in Betrieb genommenen Wasserpassage zwischen Atlantik und Pazifik für die Zunahme des Seefrachtverkehrs präparieren soll. Insbesondere soll mit der Erweiterung künftig auch Schiffen der Post-Panamax-Klasse mit einem Ladevolumen bis zu 12.000 Container die Durchfahrt ermöglicht werden. Die derzeitige Kapazitätsgrenze des Kanals liegt bei Schiffen mit einem Fassungsvermögen von 6.000 Containern. Drei von fünf bestellten Frachtschiffen entfallen jedoch heute bereits auf die Post-Panamax-Klasse. Die Regierung und die Kanalbehörde und andere Befürworter des Ausbaus hatten im Vorfeld des Referendums entsprechende Negativszenarien entworfen, falls die Bevölkerung ihre Zustimmung verweigert und das logistische Nadelöhr weiter verstopft. Dazu zählte auch die Konkurrenz insbesondere aus Nicaragua, dessen scheidender Präsident Bolaños zuletzt Pläne vorgestellt hat, innerhalb von elf Jahren eine die beiden Ozeane verbindende 286 Kilometer lange Wassertrasse zu bauen. Die Kritiker der Expansion des Panama-Kanals wiesen ihrerseits auf mögliche Umweltbelastungen wie die Versalzung des kanalspeisenden Gatúnsees und die Verknappung des Trinkwassers hin, die der Bau der riesigen Schleusen und einer weiteren Fahrrinne zur Folge haben könnten.

Der Kanal, den Panama seit der Übergabe 1999 von den USA in Eigenregie leitet, ist für die Wirtschaft und den Staatshaushalt des zentralamerikanischen Landes von zentraler Bedeutung. Im vergangenen Jahr erzielte die Verwaltung Umsätze in Höhe von US\$ 1,7 Mrd. und wird in diesem Jahr US\$ 600 Mio. an die Staatskasse abführen. Dies entspricht rund 40 Prozent des Staatsbudgets. Die Regierung geht davon aus, dass der Ausbau 6.000 direkte und 40.000 indirekte Arbeitsplätze schaffen wird – dies sind angesichts der auch im Regionalvergleich hohen Arbeitslosigkeit wichtige Beschäftigungseffekte. Die Finanzierung soll nach Angaben der Regierung durch Kredite und die laufenden Einnahmen der Kanalbehörde ermöglicht werden. Der Kanalausbau ist überdies eingebettet in eine kräftig wachsende Wirtschaft. Im ersten halben Jahr des laufenden Jahres legte das Bruttoinlandsprodukt um 8,1 Prozent zu. Auch die weitere außenwirtschaftliche Öffnung soll positive Wachstumsimpulse verleihen. Die wegen des Referendums zeitweilig suspendierten Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag mit den USA will die Regierung fortsetzen und sich auch an den geplanten Verhandlungen des zentralamerikanischen Wirtschaftsblocks MCCA (Honduras, El Salvador, Guatemala, Nicaragua und Costa Rica) über ein Assoziierungsabkommen mit der EU beteiligen.

Deutschen Unternehmen aus den Branchen Maschinen- und Anlagenbau, Hafen- und Bauwirtschaft und Logistik bieten sich im Rahmen der Kanalerweiterung lukrative Geschäftsmöglichkeiten. Der panamaische Vizepräsident und Außenminister Lewis Navarro und der Handels- und Industrieminister Alejandro Ferrer waren bereits im Mai 2006 auf einer von Ibero-Amerika Verein und Handelskammer Hamburg organisierten Tagung in Hamburg, um die deutsche Wirtschaft über das Projekt zu informieren. Die vorgetragenen Präsentationen können gerne beim Ibero-Amerika Verein angefordert werden.

Ulrich Kaltenbach
Länderreferent für Mexiko, Zentralamerika
u.kaltenbach@ibero-amerikaverein.de